

2 Jahre Grün-Rot

Staatsministerium

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Grün-Rot hatte sich eine stärkere **Bürgerbeteiligung** auf die Fahnen geschrieben und dazu eigens eine Staatsrätin, Gisela Erler, beauftragt.
 - ◇ Filderdialog: Hier wurde den Menschen vorgemacht, sie beteiligen zu wollen. Ihre Meinung erst zu nehmen. Schon die Vorbereitung war dilettantisch. Einladungen wurden nicht richtig verschickt, Termine verschoben. Jetzt drückt sich die Landesregierung vor der Kostenübernahme der verbesserten Filderbahnhof Plus Variante.
 - ◇ Der Bürgerentscheid in Bad Saulgau zur Einführung einer Gemeinschaftsschule, der eine deutliche Mehrheit von rund 66% gegen die Gemeinschaftsschule hervorbrachte, wird von der Landesregierung lapidar abgetan: „Die Würfel sind gefallen – zugunsten des gemeinsamen Lernens“, so Kultusstaatssekretär Mentrup (Quelle: Reutlinger General-Anzeiger vom 21.01.2013).
 - ◇ Ministerpräsident Kretschmann spricht von den Ehrenamtlichen, die ihn mit ihrer „Besserwisseri“ manchmal nerven würden (Quelle: Phoenix Kamingsgespräch am 25.11.12).
 - ◇ "Wer das nicht haben will, muss anders wählen", sagt Kretschmann dazu, dass ja jedem klar gewesen sei, dass Grün-Rot einen **Nationalpark im Nordschwarzwald** einrichten wolle (Quelle: FAZ vom 13.11.12). Minister Bonde will auch keine kommunalen Abstimmungen zum Nationalpark anerkennen (Quelle: Südwest Presse vom 06.12.12). Gisela Erler schließlich erklärt den rein konsultativen Charakter von Bürgerentscheiden auf lokaler Ebene: „Es ist unredlich, wenn man den Menschen vormacht, sie könnten hier auf lokaler Ebene tatsächlich entscheiden“ (Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 21.12.12).
- ◇ Auch die Zentralisierung will Ministerpräsident Kretschmann noch nicht aufgeben: „Ob Grün-Rot frühere Überlegungen zur Gründung von zwölf bis 15 **Regionalkreisen** statt 44 Stadt- und Landkreisen wieder aufgreife, sei ‚ungewiss‘“ (Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 20.02.13).

2 Jahre Grün-Rot

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

Staatsministerium

- ◇ Ministerpräsident Kretschmann **wirbt auf seiner Türkei-Reise für einen EU-Beitritt des Landes**. Er widersetzt sich damit dem Demokratieprinzip und hintertreibt den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung.
- ◇ **Umbesetzung des SWR-Rundfunkrats geplant:** „Für gesellschaftlich relevanter als die Freikirchen hält Grün-Rot die Moslems, die bisher unberücksichtigt sind. Erstere fliegen raus, letztere bekommen deren Sitz. [...] Kein Platz mehr soll für die Vertriebenorganisationen sein, die bislang zwei Mitglieder in den Rundfunkrat entsenden. Dafür werden die Umweltverbände künftig zwei statt ein Mitglied schicken können. Entsprechend aufgestockt werden auch die Migranten. [...] Der Landesbauernverband schließlich muss seinen Sitz im Wechsel mit den Landfrauen teilen“ (Quelle: Badische Zeitung vom 09.10.12).
- ◇ **Daniel Cohn-Bendit MdEP** soll der **Theodor-Heuss-Preis** verliehen werden. Bundesverfassungsgerichtspräsident Voßkuhle sagt daraufhin die lange geplante Festrede bei der Preisverleihung ab, da Cohn-Bendit sich „in nicht unproblematischer Weise zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern“ geäußert habe. Parteifreund und Ministerpräsident Winfried **Kretschmann verteidigt hingegen Cohn-Bendits Einsatz** "für mehr Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft". Dieser sei ein prägendes Element seiner politischen Lebensleistung. Er sehe deshalb keinen Grund, die Entscheidung der Stiftung infrage zu stellen. (Quelle: Eßlinger Zeitung vom 15.03.2013)

Justiz

- ◇ **Tod der Vereinsregister** bei den Amtsgerichten: Die Vereinsregister bei den Amtsgerichten sollen zentralisiert werden. Damit verschwindet ein Teil der bürgernahen Justiz und ein unverzichtbare Partner des ehrenamtlichen Engagements in unseren Vereinen.
- ◇ **Justizreform am Horizont?** Durch die Zentralisierung der Vereinsregister verlieren die Amtsgerichte. Will die Landesregierung kleine Amtsgerichte schließen und damit dem ländlichen Raum eine weitere wichtige Infrastruktur nehmen?

2 Jahre Grün-Rot

Finanzen und Wirtschaft I

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Das Land verzeichnet **Rekordsteuereinnahmen** und trotzdem **plant Schmid neue Schulden**, anstatt das strukturelle Defizit abzubauen. 3,3 Mrd. neue Schulden sind für den Doppelhaushalt 2013/14 eingeplant. Bis zum Erreichen der Schuldenbremse 2019 sind mindestens 6,4 Milliarden Euro Schulden geplant.
- ◇ Die **Einhaltung der Schuldenbremse** wird über ein Gefälligkeitsgutachten in die nächste Legislatur verschoben.
- ◇ Der **Haushalt 2013** wurde gegenüber dem Haushalt 2011 um fast 9 Prozent auf **40,7 Milliarden Euro aufgebläht**.
- ◇ Die **LBBW-Ausschüttungen** von 120 Millionen Euro werden von Grün-Rot als strukturelle Einsparung verkauft. Des Weiteren hat Grün-Rot die geringeren **Zinsbelastungen als strukturelle Einsparung** ins Feld geführt.
- ◇ Die **Grunderwerbsteuer** wurde von 3,5 auf 5 Prozent **erhöht**
- ◇ Minister Dr. Schmid möchte die **Vermögensteuer** wieder einführen. Die Steuer, die 1997 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig eingestuft wurde.
- ◇ Im Haushalt werden Einnahmen eingeplant, die auf der **Annahme beruhen, Rot-Grün stelle nach der Bundestagswahl die Regierung**.
- ◇ Nach der gewonnenen Landtagswahl werden **180 neue Stellen in den Ministerien** für treue Parteisoldaten geschaffen. Ein Amtsleiter im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Vertrauter des Ministers Dr. Schmid (Rousta) muss aufgrund unflätiger Äußerungen auf Facebook seinen Hut nehmen. **Schmids Büroleiter erhält eine sprunghafte Beförderung** nach nur einem Jahr im Ministerium. Dieser wird in das Beamtenverhältnis übernommen und anstatt wie üblich in A 13, direkt in A 15 eingestuft. Weitere Sprungbeförderungen folgen später im neugegründeten Referat 97.
- ◇ Es wird ein **Reformvorschlag zum Länderfinanzausgleich von grünen Landtagsfraktionen** vorgelegt, auch die baden-württembergischen Grünen waren dabei. Das Konzept sieht eine deutliche Mehrbelastung für Baden-Württemberg vor um fast 1 Milliarde Euro.
- ◇ Minister Dr. Schmid weilt **5 Wochen im Sommerurlaub** an der türkischen Mittelmeerküste. Bei der Vorstellung der Eckpunkte des Haushalts 2013/14 werden für die nicht erreichten Sparvorgaben die mangelnde Zeit genannt.
- ◇ Minister Dr. Schmid scheitert bei der **Schleckerrettung**.

2 Jahre Grün-Rot

Finanzen und Wirtschaft II

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ In einer gemeinsamen Presseerklärung mit dem DGB vom 27. Februar 2012 verkündet der Fraktionsvorsitzende Schmiedel noch, dass mit ihm und der SPD keine Einsparungen bei der **Beamten-schaft** zu machen sind. „Die Staatsdiener können sich darauf verlassen, dass die SPD keinen Kürzungen ihres Einkommens oder der Beihilfe zustimmen wird“, kündigte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel an. In dieser Frage werde man auch gegenüber dem grünen Koalitionspartner konsequent bleiben.“ Davon will man jetzt nichts mehr wissen. Erhebliche **Einsparungen** sind bei der **Eingangsbesoldung** junger Beamten im Haushalt beschlossen. Das wird die Attraktivität des öffentlichen Dienstes schmälern. Inzwischen ist das Tischtuch zur Beamten-schaft zerschnitten.
- ◇ Der Vierte Nachtragshaushalt 2011 hat gegen § 18 Abs. 3 LHO (Schuldenbremse) verstoßen. Jetzt wurde sogar die **Schuldenbremse abgeschafft**.
- ◇ **Verschiebung der Übertragung der Besoldungserhöhung** im Tarifbereich **auf die Beamten** trotz Rekordsteuereinnahmen
- ◇ **Landestariftreue- und Mindestlohngesetz**; kein Schutz des Arbeitnehmers vor geringen Löhnen, öffentliche Aufträge werden teurer
- ◇ „**Wir müssen den Staatshaushalt sanieren, sonst schlittern wir in den Staatsbankrott**. Doch diese Herren sind dazu nicht in der Lage.' Wer hat das gesagt? Es war Winfried Kretschmann. Als Oppositionspolitiker trieb er im Januar 2010 die schwarz-gelbe Regierung zum Sparen an und forderte Kürzungen von mindestens einer Milliarde Euro pro Jahr. So ändern sich die Zeiten. Seit er selbst den Rotstift in der Hand hat, ist der Grünen-Politiker kleinlaut geworden. Mühsamer als erwartet sei das Sparen, sagt er nun und bleibt weit unter der eigenen Messlatte.“ (Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 26.09.2012)
- ◇ Finanzminister Schmid ist zwar viel in der Türkei unterwegs, bei wichtigen Terminen auf Bundesebene glänzt er jedoch mit Abwesenheit. Bei den wichtigen regelmäßigen **Treffen der Länderfinanzminister** war **Schmid nur ein einziges Mal anwesend**. (Quelle: Münchner Merkur vom 02.03.13)

2 Jahre Grün-Rot

Kultus, Jugend und Sport I

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ **Wortbruch:** Grün-Rot hatte angekündigt, die Unterrichtsversorgung zu verbessern und Krankheitsreserven aufzubauen. Jetzt planen sie eine **Lehrerstellenkürzung um 11.600 Stellen**. Gleichzeitig braucht die Gemeinschaftsschule mehr Lehrer und die Unterrichtsversorgung ist nicht gesichert. Hinzu kommt, dass alle Schulen mehr Lehrer für mehr individuelle Förderung brauchen.
- ◇ Im Wahlprogramm haben die Grünen unter anderem noch die **Ganztagschule** angekündigt: „Wir setzen uns dafür ein, dass Lehrerstunden für Ganztagschulen mit besonderen pädagogischen und sozialen Aufgabenstellungen nicht reduziert werden, sondern dauerhaft erhalten bleiben. Die Landesregierung sieht für den Ausbau der Ganztagschulen 1.850 neue Lehrerstellen vor. Wir wollen zusätzlich 1.000 Deputate zur Verfügung stellen [...]“ (Wahlprogramm S. 109). In der Praxis kommen sie jedoch nicht voran. Jetzt fordern sie Gelder von der Bundesregierung ein. Das geplante Gesetz ist in ferner Zukunft.
- ◇ Für kleine Schulen, gerade im ländlichen Raum, herrschen unklare Perspektiven. Es gibt die grün-rote Ankündigung, eine Mindestzahl **von 40 Schülern** für die Eingangsklassen zu fordern, also eine stabile Zweizügigkeit über alle Jahrgänge. Das würde das Aus vieler Schulen bedeuten.
- ◇ **G8 und G9 werden gleichzeitig zugelassen**, weitere Modellschulen werden eingerichtet. Der Modellversuch ist überflüssig.
- ◇ In Zukunft soll es **einheitliche Bildungspläne** geben. Das wäre der Anfang vom Ende der differenzierten Schularten. Auf Drängen der CDU-Fraktion bekannte Ministerpräsident Kretschmann, dass es zumindest für das Gymnasium einen eigenständigen Bildungsplan geben solle. Ob das so kommt ist aber noch ungewiss!
- ◇ Die **Abschaffung der Grundschulempfehlung** war überhastet und äußerst schlampig vorbereitet. So wurde bis heute das von der Landesregierung frühzeitig angekündigte Beratungskonzept für die Eltern nicht entwickelt. Ebenso vermissen wir noch immer das dringend notwendige Unterstützungs- und Förderprogramm für die weiterführenden Schularten. Diese Maßnahmen wären dringend notwendig, damit die Schülerinnen und Schüler die weiterführenden Schulen nicht nur besuchen – sondern auch erfolgreich abschließen können.

2 Jahre Grün-Rot

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

Kultus, Jugend und Sport II

- ◇ Die Gemeinschaftsschule steht im Zentrum aller bildungspolitischen Bemühungen der Landesregierung – die bestehenden Schulen spielen für das Kultusministerium keine Rolle mehr; die **Gemeinschaftsschule wird klar bevorzugt**.
- ◇ Bei der Beantragung von Gemeinschaftsschulen entscheidet jeder Schulträger, also im Regelfall jede Gemeinde, für sich. Es gibt nach wie vor keine systematische Abstimmung mit den umliegenden Schulträgern, so dass die Standorte zumeist nach dem Windhundprinzip vergeben werden. **Schulstandorte kannibalisieren sich** gegenseitig
- ◇ Nur die Gemeinschaftsschule ist laut Schulgesetz zwangsweise eine gebundene Gemeinschaftsschule – alle **anderen Schulen haben** nach wie vor **keinen Anspruch auf Einrichtung einer Ganztagschule**.
- ◇ Grün-Rot hat sich im Koalitionsvertrag zu weitreichenden Zielen bei der **Inklusion** im Bildungswesen verpflichtet – führt allerdings bisher lediglich die Schwerpunktregionen weiter, die von der CDU-geführten Landesregierung bereits 2010 begonnen wurden. Die **Schulgesetz-Änderung** ist jetzt sogar schon **auf 2014/15 vertagt**.
- ◇ Ein **Einheits-Lehramt** für alle Schulen wurde von der Expertenkommission der Landesregierung empfohlen! Künftig gibt es nur noch Grundschullehrer und Einheitslehrer. Das Lehramt für Realschule, Gymnasium, Sonderschule wird abgeschafft. Die Schularten sollen verschwinden!
- ◇ Die **Kleinklassen an den beruflichen Schulen sind der Landesregierung ein Dorn im Auge** – sie werden zwangsweise zusammengeführt, nicht nur regional sondern auch berufsübergreifend.
- ◇ Im **Ergänzungsbereich** der Schulen sind **drastische Einschnitte** zu beobachten. Wichtige Förderangebote, Arbeitsgemeinschaften und sonstige Angebote werden zurückgefahren.
- ◇ **Parlamentarische Anfragen** werden - wie in vielen anderen Ressorts auch - von der Landesregierung **unzureichend beantwortet**, Fragestellungen vielfach offen gelassen. Das hat mit der vielgepriesenen Transparenz nichts zu tun.
- ◇ **Rücktritt der Kultusministerin** auf Druck der eigenen SPD-Fraktion am 07. Januar 2013, nachdem die CDU-Fraktion diesen noch im Landtag am 14. Dezember 2012 gefordert hatte.

2 Jahre Grün-Rot

Verkehr und Infrastruktur I

- ◇ Minister Hermann versucht seit Amtsantritt, das Projekt **S21 zu torpedieren**. Auf den Internetseiten seines Ministeriums informiert er über 'Alternativen zu Stuttgart 21'. Projektförderung: Fehlanzeige.
- ◇ Beim **Landesstraßenbau herrscht Stillstand**. Die Erhaltungsmittel reichen hinten und vorne nicht, der Aus- und Neubau ist völlig unterfinanziert. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur legt einen Maßnahmenkatalog vor, in dem Vorhaben auftauchen, die vor Ort längst niemand mehr möchte (Bsp. Ortsumfahrung Winterbach).
- ◇ Die vom Land vorgelegte **Prioritätenliste bei den Bundesfernstraßen** wurde mit dem Bund nicht abgestimmt und ist daher nutzlos.
- ◇ Den **SPNV fährt Grün-Rot** aufgrund verspäteter Ausschreibungen **an die Wand**. Konzepte zur Fahrzeugfinanzierung werden viel zu spät angegangen und erfordern hohe Landesgarantien.
- ◇ Hermann setzt sich für eine **City-Maut** ein. Die Einfahrt in Städte solle so viel kosten wie ein Tagesticket des öffentlichen Nahverkehrs. In Stuttgart wären das zu dem Zeitpunkt 6,10 Euro gewesen.
- ◇ Die grün-rote Landesregierung unterstützt den Vorstoß von Verkehrspolitikern der SPD und der Grünen für **Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Orten** (Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 20.06.12). Später fordert er Bürgermeister direkt auf, seine eigene Behörde zu umgehen: „Ich sage jedem Bürgermeister: Mach doch einfach Tempo 30 und warte ab, was passiert“ (Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 05.03.13).
- ◇ **Ministerpräsident Kretschmann würde sich "heimlich auf jeden Fall" freuen, scheiterte das ungeliebte Bahnprojekt S21.** (Quelle: Südwest-Presse vom 09.11.2012).
- ◇ **Amtschef Hartmut Bäumer** macht des Öfteren **Heimarbeit**.
- ◇ Selbst im grünen ureigenen Bereich der **nachhaltigen Mobilität** passiert nichts. Der Minister baut erst einmal eine neue Abteilung mit viel Personal auf. Konzepte bleiben aber **Fehlanzeige**.

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

2 Jahre Grün-Rot

Verkehr und Infrastruktur II

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Der **Ausbau der B31 West** wird kurz vor Ende der Planfeststellung per Pressemitteilung aus dem Verkehrsministerium gestoppt. Das ärgert sogar den grünen Freiburger OB Salomon: Wegen ein paar zehntausend Euro sei ein riesiger Flurschaden angerichtet worden. "Je weniger Ahnung man hat, umso mehr sollte man vorher zuhören", spielte er auf die ausgerufene Politik des Gehörtwerdens an. (Quelle: Badische Zeitung vom 19.10.12).
- ◇ Für die **Ausstattung der Teeküchen** in seinem Ministerium stellt Hermann kurzerhand **200.0000 Euro** in den Haushalt ein. Ein Beamter reagiert darauf verwundert: "Die Teeküchen sind eigentlich in einem guten Zustand. Da müsste man höchstens mal die Wasserhähne erneuern." (Quelle: Bild Stuttgart vom 26.11.12).
- ◇ Für gescheiterte **Parteifreunde** ist auch im Verkehrsministerium immer Platz: Jörg Lühmann (50) saß in der Hamburger Bürgerschaft, verpasste 2008 aber den Wiedereinzug. Verkehrsminister Hermann holte den Parteifreund in sein Ministerium nach Stuttgart. Und machte Lühmann gleich zum Leiter des Referats 51 (Grundsatzfragen und Europa). (Quelle: Bild Stuttgart vom 16.01.2013).
- ◇ Für Fragen rund um Stuttgart21 hat Verkehrsminister Hermann ein **Bürgertelefon** eingerichtet. Hier installiert Hermann eine Stuttgart21-Gegnerin und Parkschützerin, die dort unverblümt Reklame gegen S21 macht. Die Bild-Zeitung machte einen verdeckten Testanruf. Beatrice B., die auch Funktionärin beim BUND ist, macht sich am Telefon Luft: "Der neue Bahnhof ist murks", sagt sie. (Quelle: Bild Stuttgart vom 04.02.13).
- ◇ Als Objekt von Hermanns Regelungswut mussten auch die in **Kreisverkehren** vielfach angebrachten **Kunstwerke** dran glauben. Sein Haus verfasste einen Erlass, der die Entfernung der Kunstobjekte vorsah. Als es zu einer großen Protestwelle kommt, schiebt Hermann die Verantwortung auf „eifrige Beamte auf allen Ebenen“ ab (Quelle: Mannheimer Morgen vom 05.02.13).
- ◇ Auch mit dem Versuch, die **Straßenbauverwaltung** umzubauen, scheitert Hermann, im Kabinett.

2 Jahre Grün-Rot

Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbraucherschutz I

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ **Minister Dr. Schmid verhöhnt den Ländlichen Raum und die Landwirtschaft** und will unverhohlen seine Wählerklientel stärker bedienen: „Die allermeisten Baden-Württemberger lebten in städtischen Verflechtungsräumen und hätten andere Sorgen als Landwirtschaft, sagt Schmid. 'Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu.' (...) Der 'ältlichen Rhetorik vom ländlichen Raum' will Schmid, der auch SPD-Landeschef ist, eine Politik entgegensetzen, die seiner Partei und der grün-roten Koalition eine 'strukturelle Mehrheitsfähigkeit in den semiurbanen Verflechtungsräumen' einbringt. 'Bildung und Betreuung sind wichtiger als die Frage, ob es einen Bauern mehr oder weniger gibt (Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 31.07.12)
- ◇ Das **Grünlandumbruchverbot** wurde per Gesetz eingeführt und gilt sogar rückwirkend. Das Verbot ist zudem verfassungsrechtlich problematisch, da es in die Eigentumsrechte der Landwirte eingreift. Die Betroffenen wurden nicht gefragt.
- ◇ Keine Risikovorsorge im Haushalt für unwetterbedingte Schadensgroßeignisse; statt dessen Handeln nach Kassenlage mit Ungleichbehandlung vergleichbarer Schadenssituationen
- ◇ Kein Ausgleich fehlender EU-Mittel für das zentrale Förderprogramm aus Landesmitteln; statt dessen deutliche Einschnitte im MEKA; lediglich der Öko-Landbau erhält zusätzliche Mittel. **MEKA-Mittel** wurden um rund 40 Millionen Euro **gekürzt**.
- ◇ FSC-Zertifizierung im Staats- und faktisch auch im Kommunal-, und Privatwald führt zu deutlichen Kostensteigerungen bei den Waldbewirtschaftern ohne erkennbaren Nutzen; zudem wird nichts gegen die erkennbar zu geringe Personalausstattung im Forst bei wachsenden Aufgaben getan.
- ◇ Minister Bonde hätte sich für obligatorische Flächenstilllegungen von bis zu 10% im Zuge der Umsetzung der GAP-Reform ausgesprochen.
- ◇ Weitgehende Passivität bei den Bemühungen, ehemalige Schlecker-Filialen fortzuführen, um die Nahversorgung im Ländlichen Raum zu erhalten und den dort Beschäftigten eine Perspektive zu geben.

2 Jahre Grün-Rot

Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbraucherschutz II

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Die Landesregierung ist sich nicht einig: Der Agrarminister will das **EU-Budget für die Landwirtschaft** erhalten, der Europaminister möchte es gekürzt sehen.
- ◇ Zwischenzeitlich **massives Zerwürfnis mit dem Landesbauernverband**, das öffentlich ausgetragen wurde.
- ◇ Ein angekündigtes **neues Jagdgesetz** könnte **massive Einschnitte** bringen.
- ◇ Klare Ankündigung bei der Schaffung eines **Nationalparks im Nordschwarzwald** keine Rücksicht auf einen etwa entgegenstehenden Willen der Bevölkerung vor Ort nehmen zu wollen.

2 Jahre Grün-Rot

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

Inneres

- ◇ Die **Polizeireform** lässt viele Beamten aus der Fläche in die Ballungsräume abfließen. Dabei werden überdimensionierte Verwaltungen in den Ballungszentren geschaffen. Die anfangs breit angelegte Zentralisierung wird nun, dank dem Druck aus den eigenen Reihen der Polizei aber auch der CDU immer mehr zurück gedreht. Noch immer liegen keine Zahlen auf dem Tisch, es wird verschleiert und im Hintergrund gearbeitet.
- ◇ Die Landesregierung schafft den **Freiwilligen Polizeidienst** ab. Es sollte der Landesregierung ein wichtiges Anliegen sein, dieses wertvolle bürgerschaftliche Engagement für Aufgaben der inneren Sicherheit zu festigen und den Freiwilligen Polizeidienst als „ehrenamtliche“ Institution attraktiv zu gestalten. Die von der grün-roten Landesregierung geplante Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes hingegen ist ein Schlag ins Gesicht und eine völlig falsches Signal für Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren.
- ◇ Von Saufgelagen und Gewaltexzessen betroffene Kommunen, darunter auch die grün-regierten Städte Tübingen und Freiburg sind mit ihrem Hilferuf bei der grün-roten Landesregierung gescheitert. Ein zeitlich und örtlich begrenztes **Alkoholkonsumverbot** auf öffentlichen Plätzen hätte die gesetzliche Grundlage für präventives Handeln der Ordnungshüter geben können. Es ist eine deutliche Schlappe des Innenministers, insbesondere innerhalb seiner Partei, dass er sich nicht durchsetzen konnte. Auch Ministerpräsident Kretschmann ist vor seiner grünen Parteibasis eingeknickt.
- ◇ Aus den Aussagen des Ministerpräsidenten (siehe S. 1) lässt sich der klare Wille der grün-roten Landesregierung zu einer umfassenden Verwaltungsreform in Baden-Württemberg ablesen. Eine weitere Rationalisierung und Streichung von Behörden, insbesondere die **Auflösung der Landratsämter** zu Gunsten von wenigen Regionalbehörden, wie dies im SPD-Wahlprogramm angekündigt wurde, würde allerdings unweigerlich zu einem Engpass in der Verwaltung und damit zu einem Verlust an Bürgernähe führen.

2 Jahre Grün-Rot

Arbeit und Soziales

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Das **Landeserziehungsgeld** wird von der SPD-Sozialministerin Altpeter **abgeschafft**, das mit rund 40 Millionen Euro veranschlagt wird. Ein seit vielen Jahren erfolgreiches Instrument, das noch unter Erwin Teufel eingeführt wurde. Es kam direkt bei denen an, die es am dringendsten benötigen: junge, einkommensschwache Familien. Das ist soziale Gerechtigkeit à la SPD. Als Begründung werden Sparzwänge genannt und man versuchte den schwarzen Peter nach Berlin zu schieben. Jedoch stellte sich schnell heraus, dass die Landesregierung das Landeserziehungsgeld einfach so hätte belassen müssen wie es immer war, um es weiterhin auszahlen zu können.
- ◇ Der Landesfamilienrat bedauerte die Streichung des Landeserziehungsgeldes. Die Einsparung finde auf dem Rücken einkommensschwacher Kinder und Familien statt. Auch die Diakonien in Baden und Württemberg äußerten sich "enttäuscht". Eine "wichtige Unterstützung für Alleinerziehende" falle weg, sagte Heike Baehrens, stellvertretende Vorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg (Quelle: Südwest Presse vom 20.09.2012). „Zuvor war auf der Homepage des Sozialministeriums noch zu lesen: Ein Markenzeichen südwestdeutscher Sozialpolitik, sei das Landeserziehungsgeld. Stolz wird darauf verwiesen, dass es "nur noch wenige Länder gibt, die eine vergleichbare finanzielle Leistung gewähren". Zur Erinnerung: Studenten, obwohl sie nach dem Studium in der Regel mehr verdienen als andere Berufsgruppen und weniger von Arbeitslosigkeit bedroht sind, studieren unter der neuen Regierung gratis. Denn die verzichtet auf 160 Millionen Studiengebühren - das Vierfache des Erziehungsgeldes. Da rechtfertigt auch eine Haushaltsnot nicht, das zu tun, was die SPD einst kritisierte: "Diesen Familien das Geld aus der Tasche zu ziehen, um damit Betreuungsplätze zu schaffen, ist unsozial und familienfeindlich." Aber als sie das formulierte, saß die SPD ja noch in der Opposition“ (Quelle: Badische Zeitung vom 21.09.2012).
- ◇ Im Wahlkampf wurde noch eine Verdopplung der Mittel für die **Krankenhausförderung** versprochen. Bereits im Koalitionsvertrag wollten sie davon nichts mehr wissen. Auch hier bleibt Grün-Rot vieles schuldig.

2 Jahre Grün-Rot

Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Die **Abschaffung der Studiengebühren** führt zu erheblichen dauerhaften Mehrbelastungen im Landeshaushalt. Aus rein ideologischen Gründen hat die Landesregierung die Studiengebühren abgeschafft und den Hochschulen stattdessen Kompensationszahlungen in Höhe von 280 Euro je Studierenden zugesagt. Dies führt zu einer dauerhaften Mehrbelastung im Landeshaushalt von bis zu 170 Mio. Euro jährlich! Eindeutige Verlierer dieses Kompensationskonzeptes sind die Duale Hochschule Baden-Württemberg, da ihr bislang verhältnismäßig mehr Mittel je Studierenden zur Verfügung standen, sowie die kirchlichen Hochschulen, die keine Kompensationszahlungen erhalten und somit in einen Finanz- und Wettbewerbsnachteil gegenüber den staatlichen Hochschulen geraten sind.
- ◇ Die **Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft** bedeutet unnötige finanzielle Mehrbelastung für Studierende. Eine wirkliche Stärkung der studentischen Mitbestimmung erreicht man nicht mit Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen! Für die CDU-Landtagsfraktion ist wichtig, dass die Studierenden hinter ihrer Studierendenvertretung stehen und diese auch mehrheitlich befürworten.
- ◇ Der **Verwaltungskostenbeitrag für die Studierenden** wurde von Grün-Rot zum Sommersemester 2013 um 50 % von 40 auf 60 Euro je Semester erhöht, ohne dass dies zu einem Mehrwert für die Studierenden führt.
- ◇ Nach dem Ausbau der Bachelorstudienplätze im Rahmen des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ muss ein **konsequenter Ausbau der Masterstudienplätze** folgen. Der Ausbau der Masterstudienplätze darf nicht zu Lasten der Bachelorstudienplätze gehen. Die Hochschulen und die Studierenden müssen die Sicherheit haben, dass es hier zu keinen Umschichtungen kommt! In Bezug auf die **Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze** ruft die Wissenschaftsministerin nach dem Bund. Doch: Hochschulpolitik ist Ländersache.
- ◇ Die **Zivilklausel**, die die Grünen immer eingefordert haben, wird nicht eingeführt, was zu einem großen Aufschrei in der Friedensbewegung führt und der Ministerin Wortbruch vorgeworfen wird - auch von Grüner Jugend und Jusos. (Quelle: Südwest Presse vom 11.05.2012)

2 Jahre Grün-Rot

Umwelt, Klima und Energie

- ◇ Minister Untersteller schafft die **Energiewende** in Baden-Württemberg nicht und überwirft sich mit der kommunalen Seite .
- ◇ Der vorhergesagte Rückenwind hat sich zu einem lauen Lüftchen entwickelt. Der neue **Windatlas** basiert auf dem alten der schwarz-gelben Landesregierung. Das Landesplanungsgesetz hat sich als Flop entlarvt. Am Ende sind schnell Schuldige gefunden: **die Landräte**. SPD-Fraktionschef Schmiedel wirft ihnen eine **Blockade des Ausbaus der Windkraft** (Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 27.02.2013)
- ◇ Auch Ministerpräsident **Kretschmann** äußert sich **zum Windradbau** in Baden-Württemberg: „Den Leuten, die das für Landschaftsverhandlung halten, muss man von vornherein sagen: Wenn ihr meint, es verschandele die Landschaft, ist das leider nicht zu ändern. Natürlich wollen wir sie in Windparks konzentrieren. Aber wir können die Windräder nicht im Keller unterbringen. Ihr müsst schon sehr gute Argumente liefern, wenn wir sie nicht bei euch vor die Haustür setzen sollen. Dann bauen wir sie woanders hin. Aber bauen werden wir sie. Warum? Weil das Gemeinwohl es gebietet.“ (Quelle: Die Zeit vom 21.08.2012)
- ◇ „Franz Untersteller hat den Wechsel von der Opposition- auf die Regierungsbank schon voll verinnerlicht. Weil der Kreisvorstand der Grünen vergessen hatte, ihn neben den drei anderen Stuttgarter Landtagsabgeordneten als Gast der Kreismitgliederversammlung im Kulturwerk Ost anzukündigen, war der Umweltminister stinksauer. 'Ich bin ja schließlich nicht irgendwer', blaffte er in Richtung Kreisvorstand, bevor er gemeinsam mit Brigitte Lösch, Muhterem Aras und Nikolaus Tschenk eine positive Zwischenbilanz des ersten Jahres der grün-roten Regierungskoalition zog.“ (aus Stuttgarter Zeitung vom 14.07.12)

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

2 Jahre Grün-Rot

Integration I

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

- ◇ Als erste Amtshandlung will Integrationsministerin Öney auf der Bahnfahrt von Berlin nach Stuttgart einen **11-Punkte-Plan** entworfen haben, um die Integrationspolitik im Land neu zu ordnen. (Quelle: Welt Online, 21. August 2011) Auf Presseanfrage erklärt ihr Pressesprecher: „[D]er Elf-Punkte-Plan existiert momentan nur im Kopf der Ministerin, auf Papier habe ich nichts.“ (Quelle: Welt Online, 21. August 2011)
- ◇ **"Türken gucken fünfmal mehr Fernsehen als die Deutschen."** Zitat von Integrationsministerin Öney (Quelle: Welt Online, 21. August 2011), das sie später widerruft (Quelle: Landtags-Drucksache 15/441; 15/1482)
- ◇ Das Integrationsministerium äußert offen den Verdacht, ein Mitarbeiter spiele der Opposition interne Informationen zu. Der Amtschef erklärt: „Im Integrationsministerium sitzt offenbar ein **Maulwurf.**“ (Quelle: Stuttgarter Nachrichten, 27. Februar 2012)
- ◇ „Den **,Tiefen Staat' gibt es auch in Deutschland.**“ Zitat von Integrationsministerin Öney mit Blick auf die Terrorgruppe „NSU“, die zehn Menschen ermordet hat. In der Türkei steht der Begriff „Tiefer Staat“ für die Verflechtung von Sicherheitskräften, Extremisten und Organisierter Kriminalität. (Quelle: hurriyet.de, 4. März 2012) Ein Proteststurm bricht los. Ministerpräsident Kretschmann rügt seine Integrationsministerin, die sich entschuldigen muss.
- ◇ Ein winziges Ministerium mit 60 Mitarbeitern wird geschaffen, darunter eine Ministerin, ein Ministerialdirektor und drei Abteilungsleiter. Der erste Zentralstellenleiter warf entnervt hin, der zweite bewarb sich weg, der dritte Zentralstellenleiter in 18 Monaten verlor seine Stellung mit der Auflösung der Zentralstelle zum 1. Oktober 2012. Damit ist das Integrationsministerium das **einzigste Ministerium im Land ohne eine koordinierende Zentralstelle.**
- ◇ Am 8. Oktober 2012 regt Integrationsministerin Öney in einer Pressekonferenz eine neue Diskussion über das **„Kopftuchverbot“** im öffentlichen Dienst mit Blick **auf mögliche Lockerungen** an. Am 9. Oktober 2012 erklärt der stellvertretende Ministerpräsident und SPD-Vorsitzende Dr. Schmid, eine Lockerung des Kopftuchverbots sei nicht beabsichtigt.

2 Jahre Grün-Rot

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

Integration II

- ◇ Noch immer gibt es keine klaren politischen Vorgaben für eine Novellierung des **Flüchtlingsaufnahmegesetzes** und kein seriöses Finanzierungsangebot an die Stadt- und Landkreise. Trotz wiederholter Ankündigungen hat das Integrationsministerium noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt.
- ◇ Als **größten Erfolg ihrer Amtszeit** nennt Ministerin Öney die **Abschaffung des Gesprächleitfadens bei der Einbürgerung**. Dieser wurde durch Einzelgespräche ersetzt. Wenn sie nicht mehr nachzuweisen hat, rechtfertigt das kein eigenes Ministerium.
- ◇ Fünf Bundesländer haben schon eigene Gesetze, weitere sind im Gesetzgebungsverfahren. In **Baden-Württemberg liegt noch kein Gesetzentwurf zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen** vor.
- ◇ Noch immer gibt es keine klaren politischen Vorgaben für eine **Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes** und kein seriöses Finanzierungsangebot an die Stadt- und Landkreise. Trotz wiederholter Ankündigungen hat das Integrationsministerium noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt.

2 Jahre Grün-Rot

Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit und Argumentationshilfe

Staatsministerium	1
Justiz	2
Finanzen und Wirtschaft	3
Kultus, Jugend und Sport	5
Verkehr und Infra- struktur	7
Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbrauchers.	9
Inneres	11
Arbeit und Sozia- les	12
Wissenschaft, Forschung, Kunst	13
Umwelt, Klima und Energie	14
Integration	15
Europa und Inter- nationales	17

Europa und Internationales

- ◇ Ministerpräsident Kretschmann und Europaminister Friedrich haben sich mehrfach **für die Einführung von Euro-Bonds** ausgesprochen und unterstützen derartige Vorstöße auf EU-Ebene. Grün-Rot hat daher keine Lehre aus der Staatsschuldenkrise gezogen. Vielmehr setzen Grüne und SPD immer noch auf eine Politik der ungedeckten Schecks und der steigenden Haushaltsdefizite. Letztlich würden Euro-Bonds zu höheren Belastungen für die baden-württembergischen Steuerzahler führen. Für das Land würden zwischen 500 Mio. und 1 Mrd. Euro an Mehrausgaben durch höhere Zinsen für die Euro-Bonds anfallen.
- ◇ **Europaminister Friedrich und Landwirtschaftsminister Bonde streiten über den EU-Haushalt.** Während Europaminister Friedrich für eine Reduzierung des Agrarhaushalts eintritt, fordert Landwirtschaftsminister Bonde einen höheren Anteil für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Baden-Württemberg spricht damit in einer zentralen europapolitischen Frage mit gespaltener Zunge. Dies schadet den Interessen des Landes.
- ◇ Ministerpräsident Kretschmann **wirbt auf seiner Türkei-Reise für einen EU-Beitritt des Landes.** Er widersetzt sich damit dem Demokratieprinzip und hintertreibt den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung. Die Türkei ist auch nach Einschätzung der EU-Kommission derzeit weit davon entfernt die Beitrittskriterien zu erfüllen. Noch immer werden Verstöße gegen die Menschenrechte, gegen Presse- und Meinungsfreiheit bemängelt. Gerade für die Opfer dieser Verstöße müssen die Worte von Ministerpräsident Kretschmann wie Hohn klingen.
- ◇ Das **Eintreten der Landesregierung für die Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer** schadet den Interessen der Steuerzahler im Land. Wenn die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer als Eigenmittel dem EU-Haushalt zufließen, wäre das ein völliger Systembruch in der Finanzierung der EU. Letztlich würde dies Begehrlichkeiten auch nach anderen direkten Steuerquellen auf EU-Ebene befördern.